

16.22

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Finanzministerin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Krainer, hat das eigentlich einen bestimmten Grund, dass Ihnen bei österreichischen Bankenpleiten immer nur die Hypo Alpe-Adria einfällt? Die Kommunalkredit ist ja auch mit 15 Milliarden € Pleite gegangen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ist das vielleicht damit begründet, dass die damals verantwortliche Vorstandsvorsitzende heute als Ihre ... *(Abg. Krainer: Die Volksbank!)* – Die Kommunalkredit! Ja, okay. Es fällt Ihnen ja immer nur eine ein. Das hat ja einen Grund – und Sie wissen warum – Weil die damals Verantwortliche jetzt als Ihre Ministerin in der Regierung sitzt. Aus diesem Grund fällt Ihnen das bewusst nicht ein. *(Abg. Ing. Westenthaler: BAWAG, Gewerkschaft, „Konsum“!)*

Aber kommen wir jetzt zum eigentlichen Thema. Frau Finanzministerin, es ist sehr positiv anzumerken, dass Sie in relativ kurzer Zeit in Ihrer Position als Finanzministerin gemerkt haben, dass der Mittelstand zu entlasten ist, weil er einfach mit Abstand am stärksten geschöpft ist, und dass das Steuersystem aus dem Lot geraten ist. Das ist einmal schon sehr positiv anzumerken, dass Sie vorhaben, diesbezüglich etwas zu tun. Sie können es heute beweisen, dass Sie es gleich machen, indem Sie den Antrag des BZÖ dann mittragen werden. Dann wissen wir nächstes Jahr bereits die ersten Resultate. Und dass das Steuersystem grundsätzlich zu reparieren ist, da haben Sie auch recht.

Die Worte „keine neuen Steuern“ sind schon sehr gefährlich. Das hat der Herr Kollege Westenthaler auch schon gesagt. Ihr Vorgänger ist sogar so weit gegangen, dass er gesagt hat: Nur über meine Leiche gibt es neue Steuern! Und Gott sei Dank – das muss ich auch sagen – hat er sich von seiner schweren Krankheit in der Zwischenzeit wieder gut erholt. Ich würde in dieser Bundesregierung sehr vorsichtig mit solchen Äußerungen sein, weil Sie es nicht halten können werden. Dann hoffe ich nicht, dass es Ihnen ähnlich geht. Das hoffe ich wirklich nicht.

Kommen wir noch einmal zurück zu Griechenland. Ich verstehe schon, dass man durchwegs unterschiedlicher Meinung sein kann. Ich habe gestern im „Club 2“ sechs Damen darüber diskutieren gehört, wie man mit Griechenland umgehen soll. Und auch dort hat es durchaus unterschiedliche Meinungen gegeben. Das ist keine Frage. Das ist auch keine Frage dahingehend, wer dann recht behält. Das werden wir ja dann sehen. Ich hoffe ja, Sie behalten recht, weil das wahrscheinlich mit weniger Schwierigkeiten verbunden ist als umgekehrt.

Eines verstehe ich aber nicht. Egal, wie diese Sache mit Griechenland ausgeht, ob Sie jetzt recht behalten oder wir recht behalten, um eines kommen Sie nicht herum – und das versprechen Sie seit dem Jahr 2008, also seit über zweieinhalb Jahren –, dass es aufgrund dieser damals ausgebrochenen Finanzkrise eine Neuordnung des Finanzsektors braucht und dass es zumindest europaweit eine Finanztransaktionssteuer braucht. Für dieses Vorhaben, für die Finanztransaktionssteuer hätten Sie hier im Hohen Haus sogar eine Einstimmigkeit.

Ja, und jetzt habe ich Ihren Parteivorsitzenden heute hier in der Fragestunde gehört, und er hat dann auf die Frage geantwortet, wie das mit der Transaktionssteuer und so weiter aussieht. Er hat geantwortet: Ja, wir werden das zügig vorantreiben. – Jetzt geht das seit zweieinhalb Jahren so.

Ich verstehe aber eines nicht: Unsere Finanzminister – und jetzt Sie als Finanzministerin, Frau Fekter – sind immer wieder oder fast wöchentlich in Brüssel, weil es um neue Verhandlungen und neue Zusagen gehen soll. Warum gehen Sie dann nicht her und sagen: Okay, damit endlich etwas weitergeht, erwarte ich, wenn Sie von mir eine Zusage für zusätzliche Geldleistungen erhalten wollen, dass Sie einmal die Rahmenbedingungen festlegen und jetzt beschließen! – Dann hätten Sie auch die anderen Länder einmal unter Druck gesetzt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass es auch anders geht, haben Ihnen die Slowaken bewiesen. Die Slowaken haben vor einem Jahr schon gesagt: Wir beteiligen uns an der Griechenlandhilfe nicht! Und es hat nur einen kurzen Aufschrei in der EU gegeben, und dann war Ruhe, weil die Slowaken damals ganz klar gesagt haben: Wir haben das Geld nicht! Wir können es uns nicht leisten, und wir sehen auch keinen Sinn darin, weil es wahrscheinlich nie mehr zurückkommen wird! – Und das wird auch bei uns so sein.

Das verstehe ich nicht, dass Sie das nicht endlich einmal hernehmen und in Brüssel sagen: Jawohl, wenn Sie weitere Zusagen von uns haben wollen, dann erwarten wir von Ihnen, dass die Finanztransaktionssteuer umgesetzt wird, dass es eine Neuregelung des Finanzmarktes gibt! – Sonst werden Sie in zweieinhalb Jahren – gut, da sitzen Sie wahrscheinlich nicht mehr hier, weil eine Wahl dazwischen kommt – immer noch sagen: Wir werden das Thema vorantreiben!

Ich weiß nicht, ich hoffe, Sie haben keine Landwirtschaft zu Hause, denn wenn Sie Almauftrieb im Frühsommer machen, erreichen Sie die Hochalm nie vor dem Wintereinbruch! Das ist Ihr Tempo beim Vorantreiben.

Sie gehen ja nach Brüssel und sagen schon, bevor Sie in die Sitzung gehen, bevor Sie überhaupt zur Abstimmung gefragt waren, jedem Journalisten: No problem! – Sie

können ja gleich ein Fax oder ein E-Mail nach Brüssel schicken und sagen: Wir sind ohnehin einverstanden, egal was Sie machen! Sagen Sie uns einfach, wie viel Geld Sie wollen! – Das ist der grundsätzlich falsche Weg.

Gestern hat im deutschen Fernsehen – in n-tv – eine Diskussion stattgefunden. Da hat man im Zuge dieser Diskussion eine TED-Umfrage gemacht, wie die deutsche Bevölkerung dazu steht, dass man unter diesen Voraussetzungen, die in der Zwischenzeit bekannt geworden sind, weiter Geld oder neues Geld nach Griechenland schicken soll. Und wissen Sie, wie diese TED-Umfrage ausgegangen ist? 87 Prozent der deutschen Bevölkerung sind dagegen, dass man unter diesen Voraussetzungen weiter Geld nach Griechenland buttert. Ich sage Ihnen eines: In Österreich würde diese Umfrage genau gleich ausgehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eines zum Abschluss noch: Herr Kollege Matznetter hat es richtig erwähnt, ich glaube vor zwei oder drei Tagen. Er hat gesagt: Sparen allein wird in Griechenland nicht helfen! – Und da hat er vollkommen Recht.

Dort gibt es eine Wirtschaft, die am Boden liegt, die ohne zusätzliche Investitionen überhaupt nicht in der Lage ist, zu produzieren, zumindest so zu produzieren, dass sie die Produkte auch verkaufen kann. Wir wissen, dass der Tourismus, der eine wichtige Einnahmequelle ist, in den letzten Jahren auch nichts investiert hat, und damit natürlich unheimlich viele Gäste an andere Tourismusdestinationen abgewandert sind.

Das heißt, wenn Sie jetzt das Geld runterschicken, um die Banken zu retten, dann fehlen immer noch zusätzliche zig Milliarden Euro, um Investitionen in die Wirtschaft und in den Fremdenverkehr dort unten zu tätigen, damit die Griechen überhaupt in der Lage sind, irgendwann aus eigener Kraft aus diesem Schlamassel herauszukommen. Das haben Sie alles vergessen.

Ich hoffe nur, Sie behalten recht, da ansonsten Ihr Job gefährdet ist. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.29